



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Freitag, den 8. August 1919.

8 Seiten.—Nr. 127.

Flotter Schmuggel in Luxusartikeln

Radikale Zeitungen greifen den Prinzen Heinrich an; Falkenhayn will alle Verantwortlichkeit auf sich nehmen

Rumänen geben sich in Ungarn wie die Herren

Berlin, 8. August. — Die Regierung hat Vorkehrungen getroffen, um die Ueberwachung der Grenze zu verschärfen, so daß die Masse fremdländischer Luxusartikel, die in Mengen von Bahnmotoren nach Deutschland geschmuggelt werden und die deutschen Waren im Werte drücken, aufgehalten wird. Besonders französische und englische Kaufleute haben im besetzten deutschen Gebiet Schokolade, Zigaretten und Seife aufgeschleppt und senden sie jetzt zu nächstlicherweile auf Bahnfrachtwagen durch ihre eigenen Linien. Es wird die Befugnis erlassen, daß die Wagen unter Vermittlung der Besatzungs-Behörden über die Grenze geschmuggelt werden. In Regierungskreisen wurde erklärt, die Deutschen würden nicht Schritte unternehmen haben, die Grenzsperrung zu verschärfen, wenn es nicht wegen der Lathade wäre, daß Luxusgegenstände in steigender Menge in Deutschland einzutreffen begangen, während Nahrungsmittel notwendig gebraucht werden. Deutsche Offiziere werden auf allen Bahnstationen zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland aufgestellt werden, um Beamte werden die Güter besichtigen, um sich zu vergewissern, welche Ware sich darauf befinden. Zahllose Luxusgegenstände sind bereits behördlich weggenommen worden.

Gegen Prinz Heinrich, Berlin, 8. August. — In einer Besprechung des Briefes, den kürzlich Prinz Heinrich von Preußen, Bruder des früheren deutschen Kaisers, an König George von England schrieb, und in welchem er den britischen Monarchen aufforderte, „im Namen der Gerechtigkeit und in seinem eigenen Interesse“ die Forderung der Auslieferung und der Prozeßierung des früheren Kaisers aufzugeben, und daß die Wahrheit über den Krieg von Alliierten-Staatsmännern zu erfahren sei, schreibt das „Tageblatt“, der Brief sei ein Beispiel „unübertrefflicher Plumpheit.“ Der „Vorwärts“ schreibt, Prinz Heinrichs Behauptung, die Schuld an dem Kriege lag Großbritannien zugeschrieben werden, sei ohne „ein Wort von Beweisen“ erhoben worden. Dieses Blatt, das Organ der Sozialisten, bezeichnet Heinrichs Brief als „eine Gefahr für das deutsche Volk.“ Die „Freiheit“ betrachtet es als eine Schandtat, daß ein Sprößling der Hohenzollern in dieser Zeit die „Freiheit“ habe, eine solche Sprache zu reden, aber die konterbative „Tageszeitung“ schreibt, der Brief sei mit erschreckender Klarheit die britische Schuld.

Falkenhayn will sich den Alliierten stellen, Paris, 8. August. — Die Morgenzeitungen berichten, daß Baron Kurt v. Finkler, Führer der deutschen Mission in Versailles, dem Rat der fünf ein Schreiben des Generals Erich v. Falkenhayn übermittleit habe, in welchem er Verantwortlichkeit für die militärischen Akte Deutschlands von Beginn des Krieges bis zum Ende der Schlacht bei Verdun beansprucht. Er ist willens, sich den Alliierten, anstatt des Kaisers zu stellen. Falkenhayn war bei Ausbruch des Krieges Kriegsminister, wurde aber nach Abberufung Mollets Generalstabschef. Nach der Schlacht bei Verdun wurde er holländenburg abgelöst und mit der Führung einer Armee betraut, die mit Erfolg gegen die Rumänen kämpfte.

Keine Nahrungsmittel nach Budapest, Paris, 8. August. — Herbert Hoover, Vorsitzender der internationalen Hilfskommission, hat befohlen, alle Zufuhren, die sich auf dem Wege nach Budapest befinden, zu stoppen zu bringen, erklärte, daß es unangebracht sei, Nahrungsmittel nach Ungarn zu schaffen, wenn die Rumänen sich dieselben aneignen. Der Rat der fünf hat an die rumänischen Behörden eine Note ge-

Chamberlain warnt vor Verschwendung

London, 8. Aug. — In einer im britischen Unterhaus gehaltenen Rede mahnte Schatzamtssekretär Chamberlain zur Sparsamkeit, indem er sagte: „Wenn wir fortfahren, das Geld mit vollen Händen fortzuwerfen, dann gehen wir einem nationalen Bankrott entgegen; wir müssen unter allen Umständen mehr produzieren; vermehrte Produktion und verminderte Ausgaben allein aber tun es auch nicht; beides muß von uns befolgt werden, wollen wir die Krise überleben. Die Ausgaben des Staates stehen in keinem Verhältnis zu den Einnahmen. Die Regierung erkennt den Ernst der Lage und ist bestrebt, Hilfsmittel zu finden.“ Chamberlain macht dann den Vorschlag, alle Subsidien baldmöglichst abzuschaffen; die den Bahnen gewährte Unterstützung aber soll beibehalten werden, bis normale Zustände im Bahnwesen wieder hergestellt wären. Auch die Subsidien sollen vorläufig noch nicht unterbrochen werden. Die Einfuhr von Luxusartikeln sollte seiner Ansicht nach beschränkt und dafür georgert werden, daß die Einfuhr gehoben wird.

Neunterjagd auch schon in Deutschland

Die Politik in der Republik hat unangenehme Nebenwirkungen.

(Aus der Frankfurter Zeitung.)
Man schreibt uns: In ersten Morgenblatt vom 22. Juni warnt die „Frankfurter Zeitung“ vor der Begehung wichtiger städtischer Kerner unter dem Gesichtspunkt der Parteizugehörigkeit. Eine derartige Warnung ist leider nur zu angebracht. Denn wer in gar manchen deutschen Kommunen die Dinge mit Aufmerksamkeits verfolgt, der wird mit Schrecken wahrnehmen, wie in zunehmendem Maße städtische Kerner als Versorgungsstellen für mehr oder weniger verdiente Parteifunktionäre bereitgestellt werden. Dabei wird nicht immer gefragt, ob der betreffende nach Kenntnissen, Charakter usw. auch dafür geeignet ist. Wer in das Getriebe der verschiedenen Parteimajchinen Einfluß hat, weiß davon ein Lied zu singen. Manchmal werden auch ganz ungeeignete in der Deffektivität derartiger Funktionen aufgestellt, so als käm es sich um ein sozialdemokratisches Schulinspektor kommen müßte. So wenig etwas dagegen einzuwenden sein wird, wenn ein Schulinspektor sozialdemokratisch ist, so fern er nur tüchtig ist, so sehr der Schreiber dieser Zeilen gerade auf dem Gebiet der Schule einen neuen Geist ersehnt, so muß doch die Bürgerlichkeit mit aller Schärfe dagegen protestieren, wenn dabei die zufällige oder ab hoc erworbene Parteimitgliedschaft als Gesichtspunkt bei den Besetzungen sein soll. Eintritt in gewisse Parteien unter dem Gesichtspunkt der Beförderung, qualitative Verschlechterung der Beamten, Verschönerung wäre die Folge. Es fände bald so weit, wie in einer ebenfalls hochberühmten süddeutschen Reichsstadt, wo auf Grund eines Religionsabkommens zwischen den beiden Konfessionen die Besetzung der städtischen Ämter, angefangen von den beiden Bürgermeistern bis herunter zu den Säckern des städtischen Kleinhandels, je zur Hälfte mit Evangelischen und mit Katholiken mit so angestrichelter Genauigkeit einige hundert Jahre lang durchgeführt wurde, daß man heute noch an den städtischen Schweinehälften eine Tür mit Augsburgischer Konfession und eine zweite mit Römischer Konfession feststellen können. Ich hoffe und glaube, daß die Bevölkerung heute so klug ist, nicht zu warten, bis unsere Großstädte je einen unabhängigen, sozialistischen, demokratischen, liberalen, nationalen und christlich-volksparteilichen Designterwalter oder einen Schulamtsrat haben, sondern daß den Bürgern rechtzeitig der Geduldsfaden reißt und sie zur Selbsthilfe greifen. Wie das zu machen ist, das hat man in Amerika wiederholt gezeigt: Wenn dort die Parteimajchine die Bevölkerung als Objekt betrachtet, so stellte man Reformkandidaten auf, die die erforderliche Selbstbestimmung der Parteien erwarpen. Die alten Parteien haben es in der Hand, durch kluge Selbstbeherrschung gerade in der Frage der Kernerbesetzung sich solche Lehren zu eripieren.

Zum Ausstand der Bahngewerkschaftler

Frachtembargo für Getreidetransport westlich von Omaha wieder aufgehoben.

Trotzdem der Frachtwagenverkehr durch den Streik der Bahngewerkschaftler an verschiedenen Punkten östlich des Missouri Flusses vollständig lahmgelegt ist, hat sich das Omaha „Getreidekomitee“, welches den Getreidetransport überwacht, entschlossen, das Spezial-Permit Getreidembargo für Sendungen aus dem Westen nach dieser Stadt aufzuheben. Hervorragende Bahnbeamte, sowie auch Vertreter der Bundes-Nahrungsmittelverwaltung und der hiesigen Getreidehändler haben gestern in einer Spezial-Konferenz den Beschluß, die Zufuhr von Weizen und anderen Getreidearten nach den Omaha Getreidehändlern vom Westen aus ohne Verzögerungen zu gestatten.

Nach dieser neuen Verfügung ist Omaha zu einem täglichen Empfang von 311 mit Getreide beladenen Waggons berechtigt. Zur Zeit des Streikens befanden sich in den Omaha Frachthöfen etwa 1.400 mit Getreide beladene Waggons, während eine gleiche Zahl erwartet wurde. Durch das Embargo wurde der Verkehr derselben behindert. Das Embargo ist jetzt wieder aufgehoben. D. N. Eggers, Generalvertreter und Organisator der Eisenbahnen-Clerks, machte gestern bekannt, daß dieselben nur dann streiken werden, falls von der Nationalorganisation ein dementsprechender Befehl erlassen wird.

Die Passagierzüge der Northwestern und Rock Island Bahn von Osten haben wegen des Streiks der Bahngewerkschaftler durchgängig eine Verpätung von etwa drei Stunden. Die Züge vom Westen treffen rechtzeitig ein.

Während unter normalen Umständen täglich mehrere Hundert mit Lebensmittel beladene Waggons der Northwestern auf den hiesigen Viehhöfen eintrafen, kamen gestern hier nur sieben derselben an. Der hiesige Frachtwagenverkehr zwischen Council Bluffs und dem Süden ist gänzlich eingestiegen, während die Northwestern vor allen Punkten täglich nur zwanzig mit Getreide beladene Waggons nach Kansas City befördern darf.

Befonders schwer scheint die Stadt Cedar Rapids vom Streik betroffen zu sein. Von dort hier eingetroffenen Nachrichten zufolge müssen alle Fabrikbetriebe zu Ende dieser Woche schließen, falls der Ausstand bis dahin nicht beigelegt ist. Es wird vorausgesetzt, daß nach Sonntag auch der Passagierverkehr von hier aus unterbrochen wird. Die dortigen Frachthöfe sind mit Frachtwaggons überladen.

Streifer müssen

Ordre parieren

Lassen sie von dem unautorisierten Streik nicht ab, dann wird die Lohnerhöhungsfrage nicht aufgenommen werden, sagt Wilson

Erörterung der allgemeinen Dienstpflichtsfrage

Washington, 8. Aug. — Ob die Lohnforderungen von Bahnangestellten in friedlicher Weise gelöst oder ob die Arbeiter die Regierung herausfordern und versuchen werden, den Bahnverkehr durch Streiks zu hemmen, hängt augenblicklich davon ab, welche Antwort die streikenden Bahnbeamten in den Bahnhöfen auf eine Ordre des Präsidenten Wilson erteilen werden. Den Streikern ist nämlich von den Präsidenten der Befehl zugegangen, vor allen Dingen die Arbeit wieder aufzunehmen, ehe man deren erhöhte Lohnforderungen berücksichtigen könne. In einem Briefe an Bahndirektor Gines weist der Präsident diesen an, die Lohnfrage ohne sich weiter um Maßnahmen des Kongresses zu kümmern, aufzunehmen, teile ihm aber gleichzeitig mit, daß mit den Angestellten nicht unterhandelt werden würde, wenn die Angestellten in den Werkstätten, die ohne Autorität der Arbeiterführer streikten, nicht zur Arbeit zurückkehren würden.

A. M. Jewell, antretender Präsident der American Federation of Labor hat die Streiker telegraphisch aufgefordert, wieder an die Arbeit zu gehen, damit die Verteilung der Lohnfrage nicht verzögert werde. Man erwartet, daß die Antwort der Streiker noch heute einlaufen wird. Schreiben sie zur Arbeit zurück, dann werden die Verhandlungen zwischen der Bahnverwaltung und den Angestellten aufgenommen werden. Andernfalls, sagt Wilson in seinem Schreiben, werden die Forderungen ignoriert werden.

Die Nebraska Federation of Labor nahm auf ihrer Staatskonvention in Omaha Donnerstag die folgenden wichtigen Beschlüsse an:

Die Code-Bill und die Konstabularbill des Gov. McKelvie wurden scharf verdammt. Erster wurde als persönliches Machwerk des Staatsoberhauptes hingestellt, um sich gegen alles demokratische Prinzip mit autoritärer Macht zu umgeben; letzteres als eine Kopien- und Knutenherrschaftsmaßregel, die insparteiliche Zeitalter drückte und die vom Gov. McKelvie als Einschüchterungsmittel gedacht war, um die Arbeiter daran zu verhindern, durch etwaige Streiks ihre Lage zu verbessern.

Gov. McKelvie wurde scharf verdammt wegen der Ernennung von Frank A. Kennedy zum Arbeiter-Kommissar, der als unfähig und Verräter an der Sache der Arbeiter gebrandmarkt und dessen Absetzung gefordert wurde.

Das Referendum über das Primärwahlgesetz wurde empfohlen; ferner die Zurückziehung der amerikanischen Kruppen aus Ausland gefordert, sowie auch die Unabhängigkeit Irlands.

Die Konvention kam heute mit der Erwählung der Staatsbeamten zum Abschluß.

Streifer müssen Ordre parieren

Lassen sie von dem unautorisierten Streik nicht ab, dann wird die Lohnerhöhungsfrage nicht aufgenommen werden, sagt Wilson

Erörterung der allgemeinen Dienstpflichtsfrage

Washington, 8. Aug. — Ob die Lohnforderungen von Bahnangestellten in friedlicher Weise gelöst oder ob die Arbeiter die Regierung herausfordern und versuchen werden, den Bahnverkehr durch Streiks zu hemmen, hängt augenblicklich davon ab, welche Antwort die streikenden Bahnbeamten in den Bahnhöfen auf eine Ordre des Präsidenten Wilson erteilen werden. Den Streikern ist nämlich von den Präsidenten der Befehl zugegangen, vor allen Dingen die Arbeit wieder aufzunehmen, ehe man deren erhöhte Lohnforderungen berücksichtigen könne. In einem Briefe an Bahndirektor Gines weist der Präsident diesen an, die Lohnfrage ohne sich weiter um Maßnahmen des Kongresses zu kümmern, aufzunehmen, teile ihm aber gleichzeitig mit, daß mit den Angestellten nicht unterhandelt werden würde, wenn die Angestellten in den Werkstätten, die ohne Autorität der Arbeiterführer streikten, nicht zur Arbeit zurückkehren würden.

A. M. Jewell, antretender Präsident der American Federation of Labor hat die Streiker telegraphisch aufgefordert, wieder an die Arbeit zu gehen, damit die Verteilung der Lohnfrage nicht verzögert werde. Man erwartet, daß die Antwort der Streiker noch heute einlaufen wird. Schreiben sie zur Arbeit zurück, dann werden die Verhandlungen zwischen der Bahnverwaltung und den Angestellten aufgenommen werden. Andernfalls, sagt Wilson in seinem Schreiben, werden die Forderungen ignoriert werden.

Die Nebraska Federation of Labor nahm auf ihrer Staatskonvention in Omaha Donnerstag die folgenden wichtigen Beschlüsse an:

Die Code-Bill und die Konstabularbill des Gov. McKelvie wurden scharf verdammt. Erster wurde als persönliches Machwerk des Staatsoberhauptes hingestellt, um sich gegen alles demokratische Prinzip mit autoritärer Macht zu umgeben; letzteres als eine Kopien- und Knutenherrschaftsmaßregel, die insparteiliche Zeitalter drückte und die vom Gov. McKelvie als Einschüchterungsmittel gedacht war, um die Arbeiter daran zu verhindern, durch etwaige Streiks ihre Lage zu verbessern.

Gov. McKelvie wurde scharf verdammt wegen der Ernennung von Frank A. Kennedy zum Arbeiter-Kommissar, der als unfähig und Verräter an der Sache der Arbeiter gebrandmarkt und dessen Absetzung gefordert wurde.

Das Referendum über das Primärwahlgesetz wurde empfohlen; ferner die Zurückziehung der amerikanischen Kruppen aus Ausland gefordert, sowie auch die Unabhängigkeit Irlands.

Die Konvention kam heute mit der Erwählung der Staatsbeamten zum Abschluß.

Erzherzog Joseph in Kontrolle

Budapest, Mittwoch, 6. August. — Erzherzog Joseph, der an die Spitze der ungarischen Regierung gestellt wurde, hat eine Proklamation erlassen, in welcher er das Volk auffordert, ihm bei der Bekämpfung des Anarchismus behilflich zu sein und die Ordnung im Lande wieder herzustellen. Er hat Stephen Friedrich, der früher im Kriegsministerium beschäftigt war, zum Premier der neuen Regierung ernannt, General Tomajosi zum Minister des Inneren und General Schlegner zum Kriegsminister.

Wählt von Budapest fern

Budapest, 8. Aug. — König Ferdinand von Rumänien wird vorläufig nicht in Budapest einziehen, da man einen Anschlag auf sein Leben entdeckt hat. (Eine andere Depesche besagt, daß er gestern in Budapest eingetroffen ist.)

Das Wüten der Volksewif.

Budapest, 8. Aug. — Es heißt, daß die Volksewif die Kontrolle im südwestlichen Ungarn an sich geriffen haben und unter ihren Gegnern Blutbäder anrichten. Erst jetzt wird bekannt, wie scharf die Volksewif Regierung in Ungarn gewütet hat. Hunderte hervorragende Persönlichkeiten wurden in diesem Lande ermordet. Unter den Opfern befinden sich auch General Forgy und Oberst Brody. Der Terrorist Abraham Kon, welcher gestern verhaftet wurde, sprachte damit, daß er unter dem Befehl des Volksewif-Führers Tibor Szamueli nach Nordwesten ausgeführt hatte. Die Mörder des Grafen Tisza, der auf Befehl Joseph Högans ermordet wurde, sind heute ebenfalls bekannt. (Aus den vorliegenden Berichten scheint hervorzugehen, daß Rumänien eine Verbindung mit Ungarn beabsichtigt und ein Heer von 30.000 Mann auf Budapest marschieren ließ, sobald die Weid Regierung gestürzt war. Die Warnung der Alliierten, von einer Besetzung der ungarischen Hauptstadt abzustehen, wurde von der rumänischen Regierung nicht befolgt. Sie verlangte von den ohnmächtigen Ungarn Auslieferung von Kriegs- und Militärrüstungen, Maschinen, Vieh und Lebensmittel. Falls die Forderung nicht entsprochen werden würde, würde man mit Gewalt nehmen, was zum Wiederaufbau

Aktien fallen auf der Handelsbörse

New York, 8. Aug. — Die Geschäftstätigkeit auf der hiesigen Handelsbörse war gestern äußerst reger und entwickelte sich kurz vor Geschäftsschluß in nahezu eine Panik. Die besten Aktien verloren von fünf bis zwanzig Punkte. Diese fielen überhand, während andere angeblich auf das Eintreffen der Regierung gegen Profithändler und auf verschiedene Maßnahmen des zwischenstaatlichen Handelskomitees in der gleichen Richtung hin zurückzuführen sein. Wie behauptet wird, wurden in der letzten Geschäftsstunde allein über 700.000 verschiedene Aktien zu bedeutenden Verlusten verkauft.

Chicago, Ill., 8. Aug. — Auf Grund der Anti-Lust Maßnahmen der Regierung gegen die Profithändler erlitten die Wertpapiere derselben auf der hiesigen Handelsbörse eine große Einbuße. Auch der drohende Streik der Schlachthausarbeiter soll dabei eine große Rolle spielen. Die Aktien von Swift & Co., welche am Mittwoch noch \$1.30 brachten, waren beim gestrigen Geschäftsschluß mit \$1.21 1/2 quotiert.

Admiral Rodmans Feitrede zensiert

San Diego, Kalif., 8. Aug. — Admiral Hugh Rodman, Oberkommandeur der neuen Pacific Kriegsmarine der Ber. Staaten, welche gegenwärtig in hiesigen Hafen vor Anker liegt, besaßwert sich, daß eine Feitrede, welche er angearbeitet hatte und die er gestern anlässlich eines Besuchs, welches die hiesige Bürgerlichkeit anlässlich des Eintreffens der Kriegsmarine im Hotel Del Coronado gegeben hatte, halten wollte, vom Marineoffizier Daniels zensiert wurde. Er wurde gleichzeitig aufgefordert, dieselbe nicht zu halten, obwohl es die erste war, welche er jemals vor einem öffentlichen Publikum halten sollte.

Fleischvorrat im Land

Atcota, Neb., 8. Aug. — Der beim Staats-Kontrollamt eingelangte Bericht zeigt den genauen Vorrat von Fleisch in diesem Land, wie Angaben aus den Küsträumen vom 1. Juli ergeben. Gefrierfleisch, 162,386,570 Pfund; geräucherter Rindfleisch, 29,217,586 Pfund; Gefrierfleisch, 7,273,201 Pfund; geräucherter Schweinefleisch, 153,891,023 Pfund; trockenes Salzfleisch, 350,462,828 Pfund; eingemachtes Schweinefleisch, 421,507,966 Pfund; Schmalz, 91,944,462 Pfund; verschiedene Fleischsorten, 86,932,797 Pfund. Es wird berechnet, daß an 20 bis 25 Prozent des Fleisches in den Küsträumen nicht einberichtet worden sind.

Bersammlung der Nonpartisan-Liga

Beatrice, Neb., 8. Aug. — Jesse Johnson, der Staatsorganisator der Nonpartisan League, kam am Montag in Atcota an, um in einer Versammlung, die am Samstag stattfanden soll, seine Fortschritte mitzuteilen. Herr J. W. Martin wird ebenfalls eine Rede halten. Der Bürgermeister hat jede Parade oder Demonstration untersagt.

Schlachthausarbeiter drohen mit Ausstand

Chicago, Ill., 8. Aug. — Die Vertreter von 42 lokalen Vereinigungen von Schlachthausangestellten stimmten in einer gestern stattgefundenen Konferenz für einen Generalstreik, der heute in Kraft treten soll, falls die Soldaten, Polizisten und Sitts-Sheriffs, welche gegenwärtig in den Schlachthausanlagen Wache halten, nicht sofort zurückgezogen werden. Etwa 100.000 Personen würden von dem Ausstand betroffen werden. Ein Streik in kleinerem Maßstabe trat bereits gestern ein, als mehrere Hundert weiße Schlachthausarbeiter ihre Plätze verließen, als etwa 3.000 von den 15.000 farbigen Schlachthausangestellten in ihren Arbeitsstellen ferngehalten wurden, gestern unter militärischem Schutz wieder zur Arbeit zurückkehrten. Die der Union angehörenden weißen Arbeiter erklärten, daß sie gegen die Aufzucht ihrer Arbeitskollegen nichts einzuwenden hätten, sondern nur gegen die Anwesenheit der Wachen protestierten.

Kolumbusritter für Irlands Freiheit

Puffalo, N. Y., 8. August. — Nach einer ausgedehnten Sitzung der Friedenskonvention der Kolumbusritter, wurde eine Resolution angenommen, worin die volle Unabhängigkeit Irlands gefordert wird.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung, für Nebraska und Iowa — Schön heute abend und Samstag, wenig Wechsel in der Temperatur.

Federation of Labor

Verdammt Code Bill, Konstabularbill. — Fordert Abhebung von Frank A. Kennedy als Arbeiter-Kommissar.

Strassenbahndienst in Brooklyn unterbunden

10,000 Mann ausständig. Mangelhafter Verkehr unter Polizeiaufsicht aufrecht erhalten.

New York, 8. August. — Nach einer Nacht der vollständigen Betriebsführung infolge des Ausstandes ihrer organisierten Angestellten, machte die Brooklyn Rapid Transit Company heute abends einen Versuch, den Verkehr wieder aufzunehmen. Beamte der Gesellschaft mußten jedoch zugeben, daß der Verkehr auf den Straßen, Untergrund, als auch Hochbahnen noch schlechter als gestern ist, als nur ein Fünftel der regulären Wagen im Dienst standen. Drei bis vier Polizisten führen mit jeder Car.

Union Beamte behaupten, daß nahezu 10,000 Angestellte dieses Unternehmens streiken

Die Gesellschaft dagegen behauptet, daß ein Großteil dieser Leute loyal wäre, die nur durch Einschüchterung von Seiten der Streikführer von der Arbeit abgehalten werden. Bürgermeister Nolan versuchte, den Gerichtsverwalter dieses Unternehmens, den früheren Kriegssekretär Lindley M. Garrison, zu zwingen, ein Uebereinkommen mit den streikenden Angestellten zu treffen. Dieser weigert sich jedoch, dies zu tun und will lieber seine Resignation einreichen, als den Forderungen der Ausständigen Folge zu leisten. Er wird in seiner Ansicht vom Bundesrichter Mayer, der ihn für dieses Amt ernannte, unterstützt.

20 Personen ertranken bei Schiffskollision

Calif., N. E., 8. Aug. — Bei einer Kollision eines französischen Schonerens mit dem Dampfer „Bar Bitt“, an der Küste von St. Pierre, sind an 15 bis 20 Personen ertrunken. So meldet ein drahtloser Bericht. Der Dampfer wurde dabei